

PPP-Newsletter Nr. 15/2008 des BWI-Bau vom 08.08.2008

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Mölln.** Sporthalle.
Abriss Altbestand sowie Planen, Neubau, Betrieb (25 Jahre) und Finanzierung einer Dreifeldsporthalle mit ca. 400 Tribünensitzplätzen.
Verfahrensart: Beschleunigtes Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 1.9.2008. Dokumentennummer im TED: 203517-2008.
- **Stadt Sankt Augustin.** Sportanlagen und Bad.
PPP-Projekt „Sport und Bäder“: Planung, Neubau einer Vierfachsporthalle und eines Kombibades sowie die Sanierung von vier Sportplätzen und einer Freisportanlage, Finanzierung und Betrieb über 25 Jahre.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 4.9.2008. Dokumentennummer im TED: 202049-2008.
- **Landkreis Oberspreewald-Lausitz.** Schule.
PPP-Projekt „SeeCampus Niederlausitz“: Planung, Neubau (einschließlich Abbruch der alten Schulgebäude) und Finanzierung eines Bildungszentrums und dessen Betrieb über 30 Jahre.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 11.9.2008. Dokumentennummer im TED: 202050-2008.
- **Der Hospital Biberach.** Seniorenwohnhaus.
Planung, Errichtung sowie Gebäudebetrieb und Unterhalt eines Seniorenwohnhauses über einen Zeitraum von 15 Jahren einschließlich einer 5-jährigen Verlängerungsoption. Der Auftraggeber behält sich vor, ggf. nur die Leistung "Planung und Neubau" zu vergeben. Die Planungs- und Baukosten werden abhängig vom Baufortschritt, die Kosten für den optional zu beauftragenden Gebäudebetrieb monatlich abgerechnet.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 15.9.2008. Dokumentennummer im TED: 196430-2008.

Vorinformationen

- **Land Schleswig-Holstein.** Universitätsgebäude.
Planen, Bauen, Betrieb und Finanzierung eines Erweiterungsbaus der Universität Flensburg im Rahmen eines PPP-Modells (vgl. *PPP-Newsletter 9/2008 und 12/2008*).
Voraussichtlicher Beginn der Vergabeverfahren: 5.9.2008.
Dokumentennummer im TED: 193286-2008.
- **Landeshauptstadt Dresden.** Neubau Staatsoperette.
In Dresden, dass neben Duisburg als erste Kommune die Rahmenvereinbarung mit der Partnerschaften Deutschland unterzeichnet hat (vgl. *PPP-Newsletter 14/2008*), sollen der Neubau der Staatsoperette und des Kinder- und Jugendtheaters auf dem Gelände des stillgelegten Kraftwerks Mitte über ein PPP-Modell realisiert werden. Die Partnerschaften Deutschland soll PPP-Know-how beisteuern.
Quelle: <http://www.immobilien-zeitung.de/htm/news.php3?id=29199&rubrik=1>
- **Stadt Braunschweig.** Sporthalle.
Die Stadt Braunschweig hat aktuell einen städtebaulichen Wettbewerb zum Projekt „Sporthalle Großer Hof“ ausgelobt (*Dokumentennummer im TED: 196707-2008*). Auf dem Gelände der ehemaligen Markthalle am Großen Hof soll eine Dreifeldsporthalle mit Tiefgarage und Wohnbebauung errichtet werden. Das Bauvorhaben selbst soll im Anschluss an den Architektenwettbewerb mittels PPP realisiert werden. Weitere Informationen zum Projekt unter
http://www.braunschweig.de/stadtplanung_bauen_wohnen/stadtplanung/wettbewerb_spothalle_grosser_hof.html

Zuschlagserteilungen

- **Stadt Marktheidenfeld.** Behördenzentrum.
Konzession für Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb eines integrierten Verwaltungs- und Einkaufskomplexes mit Parkierungsanlagen in Marktheidenfeld. Den Zuschlag erhielt die **GUS Grundbesitz GmbH & Co. KG**, Gründau. Gesamtwert des Auftrags: 13,5 Mio. €.
- **Landeshauptstadt Magdeburg.** Schulen (PPP-Paket 2).
Die Planung, Sanierung, Finanzierung und künftige Betreibung von fünf Schulkomplexen (2. PPP-Paket) wird der „Magdeburger Bau- und Schulservice GmbH“ übertragen. Gesellschafter sind die **SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH** und die **GETEC AG**, beide mit Sitz in Magdeburg. **Quelle:** <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/702062F.html>
- **Bilfinger Berger.** Autobahn in Kanada.
In Edmonton, Kanada, wird der Konzern einen neuen 21 Kilometer langen Highway planen, finanzieren, bauen und anschließend über 30 Jahre betreiben. Die Strecke ist Teil der Ringautobahn um die Hauptstadt der Provinz Alberta. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 750 Mio. €. Ausführungsplanung und Bau hat Bilfinger Berger an eine Arbeitsgemeinschaft der kanadischen Bauunternehmen Graham, Parsons und Flatiron, einer Gesellschaft des Hochtief-Konzerns, vergeben.
Quelle: <http://www.bilfinger.de/C125710E004ABFC5/CurrentBaseLink/W27H2KCG460DEBBDE>

Weitere Informationen

- **Partnerschaften Deutschland.** Ausschreibung erst im September.
Die Frist für Bundesländer, Kommunen oder sonstiger öffentlicher Auftraggeber zur Zeichnung der Rahmenvereinbarung mit der Partnerschaften Deutschland ist bis zum 29. August 2008 verlängert worden. Dadurch bedingt wird sich der Beginn der europaweiten Ausschreibung der privaten Anteile an der Partnerschaften Deutschland auf September 2008 verschieben.
Weitere Informationen: <http://www.partnerschaften-deutschland.de/>
- **Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.** Dritte PPP-Projektbrochüre.
Die dritte Broschüre in der Reihe "PPP im öffentlichen Hochbau - Eine Idee wird Realität" mit den PPP-Projekten in Deutschland aus 2007/2008 ist erschienen. Erstmals informiert die Broschüre auch über PPP-Projekte im Betrieb. Zu beziehen unter: <http://www.bauindustrie.de/index.php?page=8>
- **EUWID Facility Management.** PPP-Report 2008.
EUWID hat den neuen Report "Public Private Partnership 2008" veröffentlicht, der aktuelle Trends und Entwicklungen am deutschen PPP-Markt beleuchtet. Enthalten sind u. a. Berichte zu einer Vielzahl von konkreten PPP-Projekten sowie Nachrichten und Artikel aus EUWID Facility Management von Juli 2007 bis Juli 2008. Zur Bestellung unter <http://www.euwid-facility.de/report.html>

Veranstaltungshinweise

- **PPP-Vertragsgestaltung im Öffentlichen Hochbau.** BWI-Bau-Workshop am **13. November 2008** in Düsseldorf. Referenten: RA Matthias Berger, Mütze Korsch, und RA'in Irmgard Jonas, Hochtief AG. Programmablauf und Anmeldung sind in der Anlage beigefügt.
- **Investitionen im Krankenhaus – aus eigener Kraft oder mit Partnern? – PPP für Krankenhäuser als Alternative zur Privatisierung** – Einen Kongress zu diesem Thema veranstaltet die RRC-Congress GmbH am 6. November 2008 in Bonn. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter <http://www.rrc-congress.de/de/Veranstaltungen/2008/>

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
<http://www.BWI-Bau.de>
E.Paulsen@BWI-Bau.de



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VK Schleswig-Holstein, Beschluss vom 14. Mai 2008 – VK-SH 6/08**
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2529>

Grenzen des Verhandlungsverfahrens

Die Vergabestelle schrieb einen kombinierten Auftrag für die Planung, den Bau, den Betrieb sowie für die Finanzierung eines neu zu errichtenden Hallenbades in einem ÖPP-Modell im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach der VOL/A europaweit aus. Die Refinanzierung sollte aus den Nutzungsentgelten und ggf. durch Zuschüsse von Seiten der VSt erfolgen. Konzeptionell vorgegeben waren mehrere Schwimmbahnen, Sprungtürme, Tribüne und eine Sauna. Weitere Leistungen konnten die Bieter in die Verhandlungen einführen. Es bewarben sich 7 Interessenten um die Teilnahme, fünf gaben später ein indikatives Angebot ab. Drei Bieter, darunter nicht die spätere Antragsstellerin (ASt.), wurden zu weiteren Verhandlungen aufgefordert, worüber die ASt. informiert wurde. Das Konzept der erstplazierten Beigeladenen sah zusätzlich zu den Mindestanforderungen eine Vielzahl an zusätzlichen Elementen vor (u. a. ein Vierjahreszeitenbecken mit Whirlpool und Kalttauchbecken, eine Saunalandschaft, ein Dampfbad, eine Erlebnisdusche, ein Ruheraum mit Kaminfeuer, ein Raucherhaus, ein Beautybereich mit Rezeption, Pediküre, Maniküre, Masken, etc., Behandlungsräume für klassische Massagen u.v.m.). Ohne dass die ASt förmlich gemäß § 13 VgV benachrichtigt wurde, unterzeichnete die Stadt die Verträge mit der Beigeladenen. Die ASt leitete das Nachprüfungsverfahren mit der Begründung ein, dass der Gegenstand des endgültigen Auftrages zu stark von der ursprünglichen Vergabeabsicht abweiche.

Der hiergegen eingelegte Nachprüfungsantrag war zulässig, jedoch nach Auffassung der VK Schleswig-Holstein unbegründet.

Der Zuschlag sei gemäß § 13 Satz 6 VgV nicht rechtswirksam erteilt worden. Den Anforderungen an ein Vorabinformationsschreiben genüge nicht die zwischenzeitliche Mitteilung, dass das – zumindest indikative – Angebot eines Bieters nicht mehr in den weiteren Verhandlungsrunden Berücksichtigung finden könne. Ein Schreiben nach § 13 VgV müsse vielmehr die Mitteilung über die bevorstehende Zuschlagserteilung als auch über den Namen des für den Zuschlag vorgesehenen Bieters enthalten. Es bedurfte damit eines zweiten Schreibens.

Die von der ausgesuchten Bieterin angebotene Leistung habe aber mit dem Auftragsgegenstand übereingestimmt und könne nicht als „aliud“ angesehen werden (Die Vergabekammer legt in diesem Zusammenhang über mehrere Seiten ausführlich den Begriff des (abgefragten) „Sport- und Freizeitbades“ als einen konzeptionellen Mittelweg zwischen einem „reinen Schwimmbad“ und einem „Spaßbad“ aus). Da die abgefragten Komponenten Elemente von Sport (Schwimmbahnen) und Freizeit (Sauna) vorsahen, weiche das am Ende siegreiche Konzept nicht unverhältnismäßig von diesen Vorgaben ab. Auch die Eingliederung der anderen Freizeitleistungsbausteine (wie Massage, Pediküre, etc.) habe den Charakter als Sport- und Hallenbad nicht überlagert. Die Teilnehmer seien ausdrücklich aufgefordert wurden, eigene Konzepte zu entwickeln. Im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens durften sie dieses, in den Vergabeunterlagen recht offen gehaltenes Konzept mit Inhalt füllen. Solange die Identität des Beschaffungsvorhabens, so wie es die Vergabestelle zum Gegenstand der Ausschreibung gemacht habe, gewahrt bleibe, seien Modifizierungen zulässig.

Zu Recht hat die Vergabekammer den Kreis der durch § 13 VgV geschützten Unternehmen auch auf solche Bieter erstreckt, die nur ein indikatives, aber noch kein verbindliches Angebot abgegeben haben. Dies bedeutet zugleich, dass solche Unternehmen im Verfahren zweimal informiert werden müssen: einmal über die Nichtberücksichtigung in der weiteren bzw. letzten Runde und einmal am Ende mit der Bekanntgabe der Zuschlagsabsicht und des ausgewählten Bieters.

Die grundsätzlichen Ausführungen zu den Grenzen des Verhandlungsverfahrens sind richtig. Ein Verhandlungsverfahren mit relativ offenem Konzept lebt von den Ideen der Teilnehmer. Kein Bieter kann sich auf eine 1:1-Umsetzung verlassen. Solange die Identität gewahrt bleibt, können Spielräume mit Leben gefüllt werden. Wie weit die Grenzen zu ziehen sind, hängt sowohl von der Projektbeschreibung in der EU-Bekanntmachung als auch von den Vorgaben in den Vergabeunterlagen ab. Die EU-Bekanntmachung setzt die Grenzen für die Vorgaben der detaillierter formulierten Verdingungsunterlage. Sollte die Vergabestelle hier von dem Inhalt der EU-Bekanntmachung abweichen, kann ein Unternehmen, das sich wegen der EU-Bekanntmachung erst gar nicht beworben hat, beschweren. Wenn hingegen im Rahmen des Verhandlungsverfahren der Leistungsgegenstand nach der ersten Verhandlungsrunde für die verbleibenden Bieter geändert wird, liegt die Grenze der zulässigen Änderung dort, wo ein ausgeschiedener Bieter gelten machen kann, dass er in Kenntnis der Änderung ein doch anderes, ggf. sogar aussichtsreiches Angebot abgegeben hätte.

Anders lag der Fall (OLG Dresden, Beschluss vom 03.12.2003 - WVerf 15/03), bei dem im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens ein ursprünglich einheitlicher Auftrag (Errichtung einer Restabfallbehandlungsanlage und Entsorgung der Abfälle über 15 Jahre) in zwei Bauabschnitte aufgeteilt werden sollte. So sollte der Bieter nach den geänderten Unterlagen nur noch eine Anlage für die mechanische Aufbereitung der angelieferten Abfälle zwingend errichten. Der zweite Bauabschnitt zur biologischen Aufbereitung wurde abweichend von den ursprünglichen Verdingungsunterlagen nur noch optionsweise ausgeschrieben. Da der feste Auftragsbestandteil (erster Bauabschnitt) allein ohne den Optionsteil das in den Vergabeunterlagen genannten weitere Ziel (Verwertung von Abfällen) hinreichend erfüllen konnte, untersagte das OLG Dresden den beabsichtigten Zuschlag unter Berufung auf einen Wechsel der Auftragsidentität („aliud“).

Mütze Korsch Rechtsanwälts-gesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

